

# Zeichen der Zeit

## Den Gürtel enger schnallen – wie lange noch?

Wer über seine Verhältnisse gelebt hat, muss seinen Gürtel enger schnallen, um das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen wiederherzustellen. Das ist eine Binsenweisheit. Und so betonen auch viele Politiker, dass man jetzt endlich mit der »Sanierung« der öffentlichen Haushalte ernst machen müsse – angeblich den kommenden Generationen zuliebe. Wobei Sanierung eigentlich Heilung bedeutet; lateinisch »sanus« heißt gesund. Doch kann von Gesundheit die Rede sein? Oder gilt es nur, die allergrößten »Haushaltslöcher« zu stopfen? Sogar eine Ausweitung der so genannten »Neuverschuldung« wird immer wieder erwogen und meistens dann auch praktiziert. Dabei wollte man in Deutschland doch eigentlich 2006 einen »ausgeglichenen« Bundeshaushalt vorlegen, also ohne zusätzliche Neuverschuldung auskommen. Auch das Bundesland Baden-Württemberg hatte dieses Ziel, ist aber wie der Bund längst wieder davon abgerückt. Klar, so heißt es, das liege an der schlechten (Welt-)Wirtschaftslage, an der Globalisierung usw. Und am so genannten Wähler, der mit seiner Anspruchshaltung die Politiker ja geradezu zum Schuldenmachen gezwungen habe. Die Politiker konnten also gar nicht anders. Schließlich wollten sie doch gewählt werden. Wir sind offenbar selber schuld. Also haben wir die Suppe auch auszulöffeln, die wir uns selber eingebrockt haben. Die Bereitschaft dazu scheint bei vielen Menschen vorhanden. Die Leidensfähigkeit der Menschen ist groß, die Armut breitet sich langsam aber sicher aus. Viele Politiker suggerieren, man müsse einige schmerzhafteste Kürzungsmaßnahmen – Stichwort Agenda

2010 – durchführen, um zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen. Die entscheidende Frage aber ist: Wie lange noch muss gekürzt werden und in welchem Umfang? Hat der Prozess der immer schmerzhafter werdenden Einschnitte überhaupt ein Ende?

Doch unter den Bedingungen der heute herrschenden Geldwirtschaft hat ein Großteil der Bevölkerung in den Industriestaaten keine Chance, der drohenden, langsam voranschreitenden Verarmung zu entkommen. Gibt es einen Ausweg?

### Immer reicher, immer ärmer

Bekanntlich wird das Sozialprodukt beziehungsweise Volkseinkommen in jedem Jahr zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt. Der Staat greift wiederum auf diese Einkommen zurück, beim Kapital bekanntlich mit nachlassendem Erfolg, bei der Arbeit um so gründlicher. Die Natur, die Grundlage allen Wirtschaftens und Wohlstands, wird dagegen immer noch als kostenlose Quelle betrachtet und geht weder in die Kalkulationen noch in die Verteilungsrechnungen ein.

Wächst nun die Wirtschaftsleistung und damit das Volkseinkommen um zwei Prozent, dann können auch die Kapital- und Arbeitseinkommen und damit wiederum die Staatseinkommen um etwa zwei Prozent zunehmen, ohne dass es zu irgendwelchen Schwierigkeiten kommt. Verlangt aber eine der Beziehergruppen mehr als jene zusätzlich erwirtschafteten zwei Prozent, dann müssen sich die anderen zwangsläufig mit weniger zufriedengeben. Überprüfen wir vor diesem Hintergrund die

tatsächlichen Leistungs- und Verteilungsentwicklungen, dann zeigt sich, dass überall die Geldvermögen und Schulden rascher als die Wirtschaftsleistung wachsen. So nahm in Deutschland beispielsweise die Wirtschaftsleistung von Ende 1991 bis Ende 2001 um 37 Prozent zu, die Geldvermögen erhöhten sich jedoch auf das Doppelte, und die Zinszahlungen der Banken an die Geldvermögen wuchsen – trotz gesunkener Zinssätze – um 95 Prozent. Auf Grund dieser im Übermaß gestiegenen Ansprüche des Geldkapitals, die in jeder Volkswirtschaft vorab und unausweichlich befriedigt werden müssen, blieb zwangsläufig für den Faktor Arbeit weniger übrig. So nahmen in Deutschland die Bruttolöhne und -gehälter in den zehn Jahren, trotz des Wirtschaftswachstums von 37 Prozent, nur um 29 Prozent zu und die Nettogrößen sogar nur um 23 Prozent. Selbst die Einkommen aus Unternehmertätigkeit blieben mit 31 Prozent hinter dem Wachstum der Wirtschaft zurück, was auf einen Rückgang der Gewinne und Sachkapitalrenditen schließen lässt und die Zunahme der Insolvenzen und der Arbeitslosenzahlen ebenso erklärt wie den Rückgang der Investitionen. Kurz gesagt: Wenn der Wirtschaftskuchen kaum wächst, der Faktor Kapital jedoch einen immer größeren Anteil davon herauschneidet, dann bleibt eben für den Faktor Arbeit weniger übrig. Lohnrückgänge – erst relative, dann absolute, sprich Kürzungen – und Entlassungen sind die logische Folge. Dass es sich bei den Ansprüchen des Geldkapitals nicht mehr um Bagatellgrößen handelt wie noch vor einigen Jahrzehnten, zeigt ein weiterer Vergleich. So lagen in Deutschland 1970 die Bankzinserträge mit 25 Milliarden Euro noch bei 21 Prozent der Nettolohngrößen, im Jahr 2001 mit 382 Milliarden Euro dagegen bei 65 Prozent. Bezogen auf die gesamten Steuereinnahmen erreichten sie sogar 80 Prozent! Da aber die Politik diese Scherenöffnung zwischen den Entwicklungen in der Realwirtschaft und dem Geldbereich offensichtlich als unvermeidbar betrachtet beziehungsweise weitgehend sogar verdrängt oder

gar nicht registriert, sind sich Parteien und Verbände in dem Ruf nach Wachstum nicht nur einig, sondern überbieten sich förmlich darin. Und vor dem Hintergrund der sozialen Folgen nachlassenden Wirtschaftswachstums traut sich kaum noch ein Politiker, das Thema »Umwelt« in den Mund zu nehmen. Dass die Besitzer der Großvermögen von der wachsenden Staatsverschuldung in Form anschwellender Zinseinnahmen sogar profitieren, während ein immer größerer Teil der Bevölkerung unter den dadurch verursachten Kürzungen staatlicher Leistungen zu leiden hat, wird von Presse und Politik ebenfalls gerne verschwiegen. Es ist also keineswegs so, dass – wie es immer heißt – alle den Gürtel enger schnallen müssen. Wirtschaft, öffentliche Haushalte und Sozialstaat gehen aufgrund wachsender Zinszahlungen langsam in die Knie, während die Milliardärshaushalte ohne eigene Leistung immer reicher werden!

### Was ist zu tun?

Da eine Anpassung des Wirtschaftswachstums an das Tempo der explosiven Zunahmen im Monetärbereich undenkbar ist, bleibt nur die Anpassung dieses Bereichs an die Gegebenheiten der Realwirtschaft. Das heißt konkret: Nur wenn die Zinssätze und damit die Wachstumsraten der Geldvermögen/Schulden auf die Wachstumsraten der Wirtschaft absinken, könnte die weitere Zunahme der Verteilungsspannungen verhindert werden. Und zu einer wirklichen Entspannung der Situation, die neben dem sozialen Frieden auch jenen mit der Natur einschließt, könnte es dauerhaft nur kommen, wenn alle vorgenannten Wachstums- und zusätzlichen Anspruchsentwicklungen gegen Null tendieren – zumindest in denjenigen Industrienationen, die heute ihren Abstand zur übrigen Welt immer mehr vergrößern. Sowohl bei den Bündnis-für-Arbeit-Runden als auch den Tarifverhandlungen müsste sich also – neben Arbeitnehmern, Arbeitgebern und dem Staat – auch das Geldkapital verpflichten, seine Ansprüche an der Entwicklung des So-

zialprodukts auszurichten. Dieser Effekt würde sich im übrigen von selbst ergeben, wenn der Knappheitsgewinn des Geldes, der Zins, genauso mit den Sättigungsentwicklungen in einer Wirtschaft gegen Null sänke, wie das bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten der Fall ist. Und zustande käme diese Anpassung, wenn man die heutige Möglichkeit des Geldes, sich bei Sättigungsentwicklungen von den Kauf- und Kapitalmärkten zurückzuziehen, unterbände. Das wiederum wäre durch eine »Umlaufsicherung« möglich, die den regelmäßigen Kreislauf des Geldes von der Zins- und Inflationshöhe unabhängig macht. Mit ihr würden nicht nur die deflationären Gefahren sinkender Zinssätze ausgeschaltet, sondern auch die zukünftigen Inflationen aufgrund aufgestaunter Nachfrage. Eine solche zinsunabhängige Umlaufsicherung würde also die Geldmenge gewissermaßen automatisch auf eine optimale Größe regeln und die Zinssätze mit den Sättigungsprozessen marktgerecht gegen Null sinken lassen, ohne die Gefahr des Umkippen in eine Rezession.

Wenn das Geld stetig umläuft und auf den Güter- und Arbeitsmärkten die Nachfrage hält, dann wird Vollbeschäftigung wieder möglich. Produktivitätszuwächse könnten dann allen in Form von Arbeitszeitverkürzungen zugute kommen, und zwar – langfristig gesehen – bei gleichem Lohn! Ein niedriger Zins, wie er durch die hier nur angedeutete Reform erreicht werden kann, verbilligt zudem von vornherein die Kreditaufnahme; Unternehmen könnten also leichter und preiswerter investieren und Arbeitsplätze schaffen. Gleichzeitig würden Projekte auch betriebswirtschaftlich interessant, die schon immer sinnvoll, aber nie rentabel waren. Man denke nur an das Feld der regenerativen Energien. Viele volkswirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Maßnahmen scheiterten an den hohen Kapitalkosten, die zu außerordentlich langen Amortisationszeiten führten. Bei niedrigeren Zinsen fallen die hohen Anschaffungskosten weniger ins Gewicht, dafür schlägt aber der Vorteil niedriger Betriebskosten – Solar- und Windkraft-

anlagen bekommen ihren »Treibstoff« kostenlos – stärker zu Buche. Durch niedrigere Zinsen verringerte sich der Wachstumsdruck. Außerdem könnten verschuldete Staaten, Unternehmen und Privathaushalte ihre Schulden leichter zurückzahlen, ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft.

Mit einem relativ kleinen Eingriff in die Funktion unseres Geldsystems würde es also möglich, das Wirtschaftsgeschehen auch ohne Wachstum zu stabilisieren, selbst wenn die Zins- und Inflationssätze auf kritische Niveaus sinken oder sich die Wirtschaftsleistung aus sättigungsbedingten Gründen stabilisieren oder zurückentwickeln sollte.

Dass eine solche Überwindung der heutigen problematischen Umverteilungsfolgen und des Wachstumszwangs enorme positive Folgen haben dürfte, bedarf keiner weiteren Erläuterungen. John Maynard Keynes hat bereits in den 1930er Jahren in seiner »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« darauf hingewiesen, dass eine solche Umlaufsicherung, von ihm als »Durchhaltekosten« bezeichnet, zu sinkenden Zinsen und damit zum »sanften Tod des Rentiers« führen würde und dies der vernünftigste Weg sei, »um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden«. Ohne diese Steuerungskorrektur bleibt nur die Alternative, entweder mit mehr Wachstum den ökologischen Kollaps zu beschleunigen oder mit weniger Wachstum den sozialen.

Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft mit Vollbeschäftigung ist möglich. *Frank Bohner*

### Literatur:

- Helmut Creutz: Das Geldsyndrom. München 2001
- Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient. München 1994. Volltexte der beiden Bücher im Internet unter [www.geldreform.de](http://www.geldreform.de)
- Stefan Leber (Hrsg): Wesen und Funktion des Geldes. Zahlen, Leihen und Schenken im volkswirtschaftlichen Prozess, Stuttgart 1989 (vergriffen). Siehe auch: [www.inwo.de](http://www.inwo.de) bzw. [www.geldreform.net](http://www.geldreform.net)
- Informationsmaterial gegen Rückporto: INWO e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt